



Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post in Nachbarkreisbezirk 2.15 M., in Württemberg 2.21 M. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile.

Bei Inseraten wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 246

Freitag, den 6. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

Rettet die Einheit Deutschlands!

Einem Aufsatz von Dr. Max Beer in Bern entnehmen wir die folgenden Stellen:

Jetzt erleben die Deutschen im Auslande ihre bittersten Stunden. Verloren in der Menge der Fremden hocken sie verzweifelt und doch wieder schneidervoll hoffend hinüber in das ferne Reich. Wir draußen haben in diesen Kriegsjahren der wahren Seele des Feindes näher gestanden als unsere Landsleute in der Heimat. Unbeleidigt an den inneren Kämpfen, die das Reich durchzogen, konnten wir den ungetrübten Blick sicherer und klarer auf die feindliche Welt richten, die uns zu vernichten trachtete. All die Pläne, die heute offen vor uns allen ausgebreitet liegen und die man in Deutschland leider nicht immer ernst nahm, waren uns stets furchtbar bewußt.

Auch heute sind wir, fern von den aufreibenden Kämpfen der Revolution, leichter in der Lage, über den unmittelbaren Fragen des Tages die ewigen nationalen Fragen festzuhalten. Gerade die Ausländer müssen sich entgegen von den Verwundeten abwenden, die heute eine neue Minderheit macht, um diktatorisch Deutschland in Bahnen zu leiten, die weder die gegenwärtige republikanische Regierung noch die Volksmehrheit betreten will.

Die Nationalversammlung! Ihr gilt heute das Sehnen aller Deutschen in der Fremde. Von ihr erwarten wir allein die letzte Rettung, die noch möglich ist. Nur sie kann uns den Frieden bringen und die Einheit des Reichs erhalten.

Dem darüber gehen wir uns heute keinem Zweifel hin, daß Frankreich weder den Frieden noch die Erziehung eines geeinten Deutschlands will. Im Norden ermunigt es zweifellos den Bolschewismus, im Süden und Westen die antisowjetischen Bolschewistenereignisse. Nachdem es das Land durch grausame Waffenstillstandsbedingungen so gut wie wehrlos gemacht hat, wartet es jetzt eine Zeitlang ab, wie sich die hungernden Deutschen untereinander zerreißend und dann voneinander abfallen werden. Es wird nicht mehr daran denken, Frieden zu schließen. Es wird immer neue Gebiete besetzen, blühende Industrien beschlagnahmen, Sonderabkommen treffen, und ein halbes Jahrhundert lang wird ein verflantes, aufgelöstes deutsches Volk trauern dürfen.

Zählt man überall in Deutschland wie wir hier, daß es morgen vielleicht kein Deutschland mehr geben wird, wenn nicht schnell das Stahlband der Nationalversammlung geschmiedet und um den kranken Pan des Reichs gelegt wird? Denkt man daran, daß ein Jahrhundert, zwei Jahrhunderte lang in Schwach und Elend vergehen werden in dem mahlamen Sehnen und Tadel deutscher Patrioten, um die vernichtete Einheit wieder herzustellen, derweil an unsern zerstückelten Grenzen der unbeflegte triumphierende Militarismus der Feinde eifern darüber wachen wird, daß niemals mehr der zerlöste deutsche Einheitsstraum in Erfüllung geht? Weiß man nicht, daß mit diesem Verfall auch das Schicksal der Demokratie und der Republik besiegelt wird, weil die Gegner der deutschen Volksonveränität sagen werden, daß sie unfähig war, die Einheit des Reiches zu erhalten? Zählt man nicht, daß wir an dem entscheidenden Wendepunkt der deutschen Geschichte stehen und daß jetzt aus Jahrhunderte hinaus das Schicksal Deutschlands bestimmt wird, auf Jahrhunderte hinaus das deutsche Leben verpöcht werden kann? Geduldet man endlich, daß an dem Schicksal Deutschlands auch das Schicksal der ganzen Kulturmenscheit hängt, deren Fortschritt gebunden ist an die Erhaltung des Deutschlands, wie überhaupt an die Erhaltung jedes weltlichen Gliedes der zivilisierten Völkergemeinschaft? Heute entscheiden Stunden, Minuten über Deutschlands Geschick.

Gesunde, biologische Politik!

Aus naturwissenschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Wie im Körper des Einzelmenschen Krankheiten am besten durch möglichst frühzeitige Entfernung von Schloten verhilft werden, so im Staatsorganismus Revolutionen durch rechtzeitige Reformen. Leider fehlte es an dieser Einsicht so vielen. Ein Bruch mit dem Alten ist jetzt unvermeidlich, nur erfolge er in mahlvollen Gren-

zen und stets auf Grundlage einer richtigen Lebens- und Weltanschauung.

Den Führern unserer neuen Regierung rufen wir zu: haltet fest am Idealismus, bekämpft den Materialismus und die Selbstsucht in jeglicher Gestalt. Lehrt das Volk jede religiöse Ueberzeugung achten, bekämpft vor allem den Hochmut der Scheinwissenschaft des Materialismus, erweckt wieder die Ehrfurcht vor dem Göttlichen, damit aus ihr die echte Religion neu gestiftet werde. Fördert die wahre Wissenschaft. Bekämpft mit den Waffen der neuen Wissenschaft vom Leben, doch in Güte, alle schädlichen Ansätze aus der Zeit vor dem Kriege. Bewahrt Mäßigung und Selbstbeherrschung in allen neuen Lagen. Ueberspannt nicht den Bogen eurer Forderungen. Lernet aus der Geschichte!

Und den früheren Machthabern: Lernet die deutsche Volkseele verstehen und achtet sie. Lernet um und erfaßt den Geist der neuen Zeit!

Dann wird bei gegenseitiger Achtung und in gemeinsamer Arbeit, das mit Waffen besiegte und gedemütigte Deutschland als Volksstaat und geläutert durch die Kriegsnot, dennoch der Sieger im Geiste werden und einer neuen besseren Zeit das Gepräge geben: Völkerverbund und Völkerverträge auf Grundlage einer besseren, die Gesetze des Lebens erkennenden und achtenden Kultur!

Die Umwälzung im Reich.

Prinz Adalbert erkenn... Katerung an.

Berlin, 5. Dez. Wie Prinz Adalbert von Preußen der Kreuzzeitung mitteilt, hat er sich am 20. November durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert zur Verfügung der gegenwärtigen Reichsregierung gestellt. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Prinzen Heinrich sieht er allein in dieser die Obrigkeit, die er mit allen seinen Kräften zu unterstützen für seine vornehmste Pflicht hält. (Prinz Adalbert, der dritte Sohn des Kaisers, geb. 1884, diente bisher als Kapitän in der Kriegsmarine.)

Berlin, 5. Dez. Wie ein Gewährsmann der Deutschen Allgemeinen Zeitung erzählt, ist die Abdankungs-urkunde des Kronprinzen nunmehr unterzeichnet worden.

Sozialisierungskommission.

Berlin, 5. Dez. Heute nachmittag tritt die Sozialisierungskommission zusammen. Der „Vorwärts“ erwartet, daß sie gute Arbeit leisten und über später notwendiges das Nächstliegende nicht vergessen.

Deutscher Wirtschaftskongress.

Berlin, 5. Dez. Der vorbereitende Ausschuss eines deutschen Wirtschaftskongresses hielt heute eine Konferenz mit Vertretern der Presse ab, in der Generaldirektor Brüdemann ausführte: Unsere wirtschaftlicher Verhältnisse sind verworren. Keiner weiß, was der morgige Tag bringt. Die deutsche Volkswirtschaft ist wohl geschlagen, aber nicht zerschlagen. Die schaffenden Kräfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer, müssen sich einmütig zusammenschließen und einen deutschen Wirtschaftskongress bilden, um sich vor der Regierung, vor den In- und Auslande Gehör zu verschaffen und dann gegen über all den neuen Wirtschaftsproblemen unverzüglich praktische Arbeit zu leisten. Der Kongress soll bundesstaatlichen Charakter tragen und in einigen Wochen bereits in Weimar zusammentreten. Am 16. Dezember wird in Berlin eine erste Kundgebung stattfinden, der solche in allen Bundesstaaten folgen würden.

Fehrenbach an die Reichsleitung.

W.B. Freiburg, 5. Dez. Auf das Telegramm der Reichsleitung an den Präsidenten des Reichstages Dr. Fehrenbach hat dieser geantwortet: „Auf Grund der Resolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber ich würde mich fügen. So lange Sie aber nicht antworten, sind Sie trotz Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung können Sie sich überlegen, ob die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs oder des Prozessrechts hinreichend. Ihr Vorgehen bedeutet die gezielte Willkürherrschaft. Dagegen protestiere ich.“ Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Berlin, 5. Dez. In der gestrigen Sitzung des Volksrats wurde ein Flugblatt festgesetzt, das in Massen an die heimkehrenden Truppen verteilt werden soll. Der Antrag, die Feldtruppen vor dem Einzug in Berlin zu entwaffnen, wurde zurückgezogen. Dann wurde eine Mitteilung der russischen Sowjetregierung bekannt gegeben. Diese sei bereit, die Angriffe gegen die deutschen Truppen einzustellen. Der Volksrat wird die Einladung an die russischen Arbeiter- und Soldatenräte zu einem Besuch wiederholen. Ein Mitglied teilte mit, daß im Osten die politischen Gefangenen und Internierten von den deutschen Militärbehörden noch festgehalten werden. Der Volksrat wird in Erwägung nehmen mit dem Kriegsamt und dem Auswärtigen Amt für die Freilassung Sorge tragen. Ein eingelaufener Antrag, eine Gehaltsregulierung der immobilien Offiziere zu veranlassen, wurde dem Lohnauschuss überwiesen.

Berlin, 5. Dez. W.B. meldet, die Auserkennung der Wahlen für die Nationalversammlung auf den 16. Februar sei im Rat der Volksbeauftragten mit 1 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung beschlossen worden.

Kein Gold nach Rußland zurückgeschickt.

Berlin, 5. Dez. Einige Blätter hatten die Nachricht gebracht, daß entgegen dem Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen, wonach das von Rußland und Rumänien an Deutschland gezahlte Gold an die Entente auszuliefern sei, die Reichsbank auf Verlangen der gegenwärtigen Regierung 240 Millionen M. an die bolschewistische Regierung in Moskau zurückgeschickt habe. Demgegenüber wird festgestellt, daß die Reichsbank in getreuer Ausführung des Artikels 19 93,536 Kilogramm Feingold im Betrag von rund 346 Millionen M. nach Frankreich geschickt hat. Die Sendung ist unterwegs nach Paris. Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Rheinisch-westfälische Republik.

Köln, 5. Dez. Einige große Versammlungen, in denen die Abgeordneten Trimborn und Marx und Redakteur Höber sprachen, nahmen Entschlüsse an, worin die baldige Ausrufung einer an das Reich angegliederten rheinisch-westfälischen Republik verlangt wird, da es eine Unmöglichkeit sei, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen.

Forderung der Landesversammlung.

München, 5. Dez. Gestern mittag zogen Front- und Heimattruppen unter Borantragung einer schwarz-rot-goldenen Fahne nach dem Ministerium des Neuern. Dort begab sich eine Abordnung der Pioniere zum Ministerpräsidenten Eisner, der sie im Vorfeld des Gefamministeriums empfing. Der Sprecher erklärte, daß hinter den Demonstranten die gesamte Münchener Garnison stehe. Sie fordern das Ministerium auf, sofort den Zeitpunkt der Landesversammlung für den Volksstaat Bayern bekannt zu machen. Eisner versicherte, daß das in den nächsten Tagen geschehen werde.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 5. Dez. Zwischen der Deutschen demokratischen Partei und der neuen Deutschen Volkspartei ist eine Einigung erzielt worden, wonach letztere auf Grund des Aufrufs der demokratischen Partei sich mit dieser vereinigt. Personen, die früher für Gebietserwerb eingetreten sind oder in der Amerikapolitik eine Rolle gespielt oder gegen die preussische Wahlrechtsvorlage gestimmt haben, sollen innerhalb der Partei nicht herbeigeführt werden. — Wie verlautet, ist Beschlüssen ausgeschlossen.

Der weitere Vorstand der Deutsch-konservativen Partei hat nach der „Deutschen Tageszeitung“ einstimmig beschlossen, mit der in Bildung begriffenen Deutsch-nationalen Volkspartei sich zu vereinigen und die Mitglieder zum Beitritt aufzufordern. Die konservativ Partei ist entschlossen, in der neuen Staatsform mitzuarbeiten. Dem Reich soll sobald als möglich eine geordnete Staatsform gegeben werden, getragen von der Mehrheit der Bürger und geleitet von einer starken und zielbewußten Regierung. Im vertrauensvollen Zusammenwirken mit anderen Parteien hoffe man das Ziel, das deutsche Volk zu neuem Aufschwung zu führen, erreichen zu können. Das Programm enthält als Hauptpunkte: Starkes deutsches Volkstum, Schutz des Privateigentums und Erhaltung des Christentums.

Die Nachricht des W.B., daß Max v. Deubert

Brand sich vom politischen Leben zurückziehen werde, ist nach der „Kreuztg.“ unzutreffend.

Die Ostfront gegen die Bolschewiken.

Berlin, 5. Dez. Der Zentralrat der Soldatenräte der Ostfront hat erklärt, daß er den Abgeordneten der russischen Arbeiter- und Soldatenräte zur Hauptversammlung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember die Einreise nach Deutschland verweigern werde.

Von der Armee Madensens.

Budapest, 5. Dez. Generalstabschef der Armee Madensens, Oberst von Schwarzkoppen, hat in Budapest die Verhandlung über die technische Durchführung der Internierung der Madensens-Armee mit der ungarischen Regierung aufgenommen. Der französische General Werthelot erklärte, daß er zwar auf dem Waffenstillstandsvertrag bestehe, daß er aber die Durchführung der Waffenstreckung der ungarischen Regierung überlasse.

Nach einer weiteren Meldung des Ungar. Korrespondenten ist der Aufenthalt des Generalfeldmarschalls Madensens in Groß-Warden auf etwa 4 Wochen berechnet. Madensens wird während seines Aufenthaltes in Ungarn die größeren Städte, in denen sich größere Truppenverbände befinden, aufsuchen. Die Verpflegung wird im Einmarschungsgebiet für die Tagespreise beschafft, wozu die ungarische Regierung ihre Einwilligung erteilt hat.

Der Vorsitzende der Soldatenräte bei der Armee Madensens, Unteroffizier Braun, teilte einem Korrespondenten des „Bester Mond“ mit, daß die Armee fast 4 Wochen ohne jede Nachricht aus der Heimat gewesen sei. Als dann spätere Nachrichten über die Ereignisse in Deutschland eintrafen, wurden auch in der Armee Madensens Soldatenräte gewählt, die zu dem Oberkommando in vorzüglichem Verhältnis stehen. In die deutsche Reichsregierung habe der Zentralrat ein Telegramm gerichtet, wonach sich die Soldaten der Armee Madensens keinesfalls einer Diktatur fügen, woher sie auch kommen möge. Sie wünschten baldigste Einberufung der Nationalversammlung. Der französischen Forderung der Internierung müßten sie sich fügen, hauptsächlich aus dem Grunde, um den Franzosen keine Gelegenheit zu geben, ganz Deutschland zu besetzen.

Besetzung Berlins.

Berlin, 5. Dez. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet: Wie ein amerikanischer Junkspruch vom 29. Nov. meldet, sollen allierte und amerikanische Truppen zeitweilig Berlin besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

Die Engländer in Wilhelmshaven.

London, 5. Dez. (Reuter.) „Daily Chronicle“ berichtet aus Edinburgh, daß das Flaggschiff „Herkules“ in Begleitung einer Abteilung Zerstörer am 3. vom Firth of Forth nach Wilhelmshaven abgedampft sei.

Ausweisungen aus Straßburg.

Berlin, 5. Dez. Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Acht über die deutschen Linien abschieben lassen. Unter den Ausgewiesenen befindet sich eine große Anzahl angesehenere Persönlichkeiten: Kaufleute, Anwälte, ein Oberlehrer und 9 Dozenten der Straßburger Universität. Die Ausgewiesenen mußten Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24 Stunden verlassen und kamen ohne Barmittel in badischem Gebiet an. Die Reichsregierung hat durch die Waffenstillstandskommission telegraphisch zunächst 10000 Mk. für eine Hilfsaktion der badischen Regierung zur Verfügung gestellt und wird nach Bedürfnis weitere Mittel bereit halten.

Verstrafung Deutschlands.

Rotterdam, 5. Dez. Churchill erklärte in einer Wahlversammlung in Dundee, man brauche nicht zu fürchten, daß Deutschland mit einer leichten Strafe davonkommen werde. Die Strafe werde alles Bisherige an Schrecklichkeit überbieten.

Belgisches Anjinnen.

Berlin, 5. Dez. Ypouer Blättern zufolge hat der Direktor der Brüsseler Messen, Bettenhove, beim Museum der Schönen Künste die Forderung überreicht, belgische Kunstschätze, soweit sie zerstört oder entwendet worden seien, möglichst aus den öffentlichen Sammlungen Deutschlands zu ersetzen und zur Sicherstellung dieser belgischen Forderung die präparierten und öffentlichen Sammlungen Deutschlands mit Beschlag zu belegen. — Einer solchen Forderung fehlt jede Rechtsgrundlage. Was an belgischen Kunstschätzen zerstört worden ist, wurde im Verlauf von Kriegshandlungen, meist durch feindliche Artilleriefeuer und feindliche Mörserangriffe vernichtet. Für die Erhaltung der belgischen Kunstschätze hat die deutsche Verwaltung und besonders die Kunstwissenschaft alles, was möglich war, getan. Jeder Versuch, die Forderung des Brüsseler Museumsdirektors Bettenhove in die Tat umzusetzen, wäre ein durch nichts gerechtfertigter Gewaltakt gegenüber den deutschen Kunstschätzen.

Neues vom Tage.

Der Kronprinz über die Kriegführung.

Amsterdam, 5. Dez. Nach einer Reutermeldung aus New York hatte der Amsterdamer Korrespondent der „Associated Press“ am Montag eine Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen auf der Insel Wieringen, in der der Kronprinz u. a. sagte: Er habe auf nichts verzichtet und kein Dokument unterschrieben; aber wenn die deutsche Regierung eine Republik nach französischem oder amerikanischem Muster beschließen sollte, so würde er sich mit der Stellung eines einfachen Bürgers vollkommen zufrieden geben und bereit sein, im Interesse seines Landes alles zu tun. Auf die Frage, was er für den Wendepunkt des Kriegs betrachte, sagte der Kronprinz, er sei überzeugt, daß Deutsch-

land den Krieg im Oktober 1914 verloren habe. Er habe die Lage Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren haben würde, wenn die Generalstabschefs nicht nervös geworden wären, für hoffnungslos gehalten. Er habe damals versucht, dem Generalstab dazu zu bringen, Friedensvorschläge zu machen, selbst auf Kosten größter Opfer, wobei er selbst habe soweit gehen wollen, Elßaß-Lothringen aufzugeben. Er habe zur Antwort erhalten, daß er sich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigen und sich auf den Befehl über seine Armee beschränken solle. Ueber den Beginn des Kriegs sagte der Kronprinz gegenüber allen bisher im Auslande veröffentlichten Berichten, daß er den Krieg niemals gewünscht habe und daß der Augenblick ein sehr ungünstiger gewesen sei. Von Anfang an sei er sicher gewesen, daß England an dem Kampfe teilnehmen werde; aber die Ansicht sei vom Prinzen Heinrich und den anderen Mitgliedern der Familie Hohenzollern nicht geteilt worden. Ferner sprach der Kronprinz die Ansicht aus, daß die Leiter des Generalstabs für eine Anzahl von Verfehlungen verantwortlich gewesen seien, darunter auch für die Märzoffensive, an der er im Gegensatz zu seinen Ansichten habe teilnehmen müssen. Ludendorff sei die Haupttriebfeder der Kriegführung gewesen sei, während Hindenburg nur dem Namen nach der Leiter gewesen sei. Ludendorff und sein Stab haben die feindlichen Truppenmächte fortwährend unterschätzt. Sie hätten auch niemals geglaubt, daß Amerika soviel Soldaten senden würde. Er bewundere Wilson, der, dessen sei er sicher, dem deutschen Volke einen gerechten Frieden bringen werde. (Die Meldung ist zunächst noch mit einiger Vorsicht aufzunehmen.)

Württemberg.

Keine Mündigung des Waffenstillstands.

Stuttgart, 5. Dez. Auf eine Anfrage der Deeresgruppe Herzog Albrecht teilte die oberste Deeresleitung mit, es bestehe keinerlei Befürchtung, daß der Waffenstillstand von der Entente gelündigt werde.

(-) Stuttgart, 5. Dez. Wie uns vom Ministerium des Innern mitgeteilt wird, ist die Zeitungsnachricht über die Einteilung der Wahlkreise für die Deutsche Nationalversammlung dahin zu berichtigen, daß ganz Württemberg zusammen mit Hohenzollern einen Wahlkreis bilden wird.

(-) Stuttgart, 5. Dez. (Vom roten Kreuz.) Das rote Kreuz hat im Friedrichsbau eine große Wärme-Isolier-Isolier für die durchziehenden Soldaten eingerichtet, die Tag und Nacht geöffnet ist, und wo unentgeltlich Kaffee und Brot geboten wird. 50 Lagerstätten sind jede Nacht voll besetzt.

(-) Vödingheim, 4. Dez. (Brot ohne Karfen.) Gestern kamen hier 6000 Kommisslabe zum Verkauf. Jeder Bäckerei war ein Quantum zugeteilt.

(-) Gmünd, 5. Dez. (Heimkehr der Truppen.) Ein Teil des Reserve-Infanterie-Regts. 121 ist gestern in einem Sonderzug hier eingetroffen.

(-) Sulzbach a. d. M., 5. Dez. (Schwerer Eisenbahnunfall.) Heute nacht 1/21 Uhr ist auf dem hiesigen Bahnhof ein aus der Richtung Badnang kommender Militärzug auf den Schluß eines im Bahnhof haltenden Militärzugs aufgestoßen. Sechs Wagen des nicht vollständig eingefahrenen Zuges wurden von dem nachfolgenden Zug getroffen und schwer beschädigt. Mehrere Wägenwagen stürzten die Dammabdichtung hinab. Ein Soldat wurde getötet, fünf verletzt. Beide Züge fuhren in der Richtung Gmündheim mit bayerischen Truppen. Die Züge konnten um 3 Uhr ihre Fahrt fortsetzen. Der Sachschaden ist ziemlich erheblich.

(-) Ulm, 5. Dez. (Im Zeichen der neuen Zeit.) Die Offiziere, Ärzte und Militärbeamten des bayer. Standorts Neu-Ulm haben sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu einer Vereinigung zusammengeschlossen und in einer Eingabe an das bayer. Kriegsministerium die Zurücknahme der Verfügung, daß den Offizieren usw. von jetzt ab nurmehr die Friedensbefehlsbefugnis gewährt wird, verlangt, widrigenfalls sie am Donnerstag abend die gesamte Tätigkeit einstellen.

(-) Wangen i. A., 5. Dez. (Zur Warnung.) In der Annahme heizten die Anrechte den in ihrem Schlafgemach befindlichen Ofen und legten sich darauf zu Bett. Es entzündeten sich Kohlenstücke, die bei einem den Erstickungstod herbeiführten. Zwei weitere Schlafgenossen mußten ins Krankenhaus verbracht werden.

Eingefand. Der A. und S. Rat hat auch bei uns Einzug gehalten. Alle erfahrene Beamte, die wir auch im neuen Staatswesen als unsere Empfänger begrüßen, stehen unter seiner Willkür. Auch das private Leben spürt seine Diktatur und hier und da geschehen Eingriffe, die wirklich betrübende zu nennen sind.

Tausend Dank allen denen, die trotzdem ihre Pflicht erfüllen und Person in den Hintergrund stellen. Diese Vorbilder sind es, die uns ermutigen die neue Regierung nach Kräften zu unterstützen. Jede Regierung muß vom Vertrauen des Volkes getragen sein, wenn sie ersprießliches leisten will. Die Mehrheitswahl sichert uns von vornherein Volkessstimme.

Wie steht es damit in Wildbad? Ist bei uns der A. und S. Rat aus dem Bedürfnis der Bürger, aus der Mehrheit seiner Stimme hervorgegangen? Verkörpern seine Führer unser Vertrauen und die Kenntnisse unseres Ortes in seiner Eigenart.

Glatt müssen wir die erste Frage mit Nein beantworten.

Vertrauen können wir einigen deshalb nicht, weil wir sie und sie uns nicht kennen. Einige aber die wir kennen, haben uns noch nicht gezeigt, daß sie in dem Auge ihres Mitmenschen auch das ihres Bruders sehen. Wo bliebe da die vielgerühmte Brüderlichkeit?

Wie es mit der Kenntnis unseres Ortes aussieht, gibt am besten das Eingefand vom 29. November Auskunft. H. F. ein Berater des A. und S. Rates schreibt: Die Rurgäste verdanken ihre Existenz den hiesigen Bürgern! Kommentar überflüssig!

Kein Wunder wenn der Einsender von vorgestern diese Zustände geißelt, wenn er als freier Mann verlangt, daß Leute gewählt werden, die die Mehrheit der Einwohnerschaft hinter sich haben und fern von Einflüsterungen irgend welcher Art stehen. Gerade jetzt brauchen wir ganze Männer. Ist es der Wunsch unserer Einwohnerschaft einer A. und S. Rat zu haben, dann wollen wir in erster Linie Umschau unter unseren jetzt heimkehrenden Wildbader Kriegern halten. Die außerhalb stehenden Führer wollen wir gern ihrer eigenen Gemeinde überlassen.

Erwidrung

Auf das Eingefand von vorgestern mag es zutreffen, daß während des ganzen Krieges das Lebensmittelamt in Wildbad eine Haterkage war. Ob das nur kurzfristige Leute waren, die sich während der Dauer des Krieges bemühten, der hiesigen Stadtverwaltung die Fehler der Lebensmittelversorgung in die Schuhe zu schieben, wird der betr. anonyme Artikelschreiber von vorgestern selbst am besten beurteilen können. Was die Lebensmittelverteilung anbetrifft, wie z. B. der Milch, so ist die Schuld des Lebensmittelamtes ohne Zweifel erwiesen. Es könnte in diesem Falle von dieser Seite mit Beweisen aufgemauert werden, die einem großen Teil der Einwohnerschaft die Augen öffnen würden, was allerdings verdrängenen „Hexen“ sehr unangenehm sein dürfte.

Zu beurteilen ob diese Maßnahmen von Seiten des A. u. S. Rats zum Schaden der Einwohnerschaft gereichten, möchte ich Jenen überlassen, die nunmehr ihre Milch bekommen, wie sie ihnen zufließt, was vordem doch selten der Fall war.

Von einer Diktatur des Soldatenrats kann nicht die Rede sein, wohl aber von einer Instanz, der vor allem daran gelegen ist, daß die Bevorzugung der besser situierten Kreise womöglich gemacht wird. Auch ich rufe der Wildbader Bürgerschaft zu: Seid auf der Hül denn es stehen gewisse Leute an der Spitze des Lebensmittelamtes, die es z. B. bei der Erdölverteilung nicht als Gewalt ansehen konnten wenn sie alle übrigen Kaufleute vom Verkauf ausschlossen. Es dürfte jedermann klar sein, daß durch eine derartige Maßnahme für den übrigen Teil der Kaufleute ein ganz bedeutender Schaden entstand; ein Missetand, dem auch abzuhelfen wäre.

Was das Zustandekommen des A. u. S. Rats angeht, so hätte der friedliebende Bürger in der öffentlichen Versammlung, die in der alten Linde stattfand, reichlich Gelegenheit gehabt, Stellung gegen die ihm so unangenehmen Personen zu machen.

Der A. u. S. Rat ist eine Einrichtung der neuen Regierung und als solche berufen, alle Amtshandlungen des Polizei- sowie auch Gemeindefens zu kontrollieren. Das Ziel, das ich im Auge habe, ist nicht etwa in persönlichem Vorteil zu sichern; im Gegenteil! Es liegt mir nur das Wohl der Allgemeinheit nahe, wie es auch aus dem Bericht der Parteiversammlung des sozial demokratischen Vereins hervorgeht, bei der 40 Neuaufnahmen gemacht werden konnten.

Was die Polizeistunde anbetrifft, so wurde beim A. u. S. Rat noch nie Klage darüber geführt, daß die ihren Dienst ausübenden Beamten Schwierigkeiten begegnen, somit war auch kein Anlaß vorhanden einzuschreiten. Wenn nun der Einsender von vorgestern schreibt: Wir haben uns bereitwilligst in den Dienst der neuen Regierung gestellt und wollen sie mit allen Kräften unterstützen, so muß er sich auch der gesetzlich anerkannten Kontrolle unterziehen und kann diese somit nicht als Zwangsverwaltung ansehen.

Im übrigen möchte ich nur noch bemerken, daß ich nicht nötig habe, mich auf Einflüsterungen „fauler“ oder „unfauler“ Elemente einzulassen, da ich immer noch selbst in der Lage bin, im Gegensatz zum vorgestrigen Artikelschreiber, zu unterscheiden, was Recht und Unrecht ist.

Der Vorsitzende des Soldatenrats:

G. Rudwied.

Evang. Jünglingsverein. Freitag, 6. Dezember abends 8 Uhr Spiel und Bibelstunde.

Suppen-Einlagen.

Auf Lebensmittelmarkt 14 wird pro Person 1 Pfund Suppen-Einlagen abgegeben.

Ersten Schluß Samstag Abend.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Bekanntmachung

Am Samstag werden auf dem Lebensmittelamt Kopfschraubchen und rote Rüben verkauft. Gleichzeitig erhalten Militär-Entlassene, soweit nicht schon erhalten, 2 Zentner Kartoffeln.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Waldorf Astoria Zigarretten

sind eingetroffen

Godan 6 Pfg., Vallasco 8 Pfg., Planpuht 10 Pfg., Hansa 12 Pfg.

bei 500 Stück Prozent

Wiederverkäufer erhalten die Ware zu Fabrikpreis.

Schmid und Johu,

Zigarengeschäft

Fernsprecher 85

Geschäftszeit von 9-4 Uhr

Sonntags geschlossen.

Großverkauf nur vormittags.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

